

Unterlage für die 50. Sitzung des Senats der Leuphana Universität Lüneburg (1. Sitzung im Sommersemester 2010) am 21. April 2010

Drucksache-Nr.: 194/50/1 SoSe 2010

Ausgabedatum: 16. April 2010

TOP 6 RAHMENPRÜFUNGS- SOWIE ZULASSUNGS- UND ZUGANGSORDNUNG FÜR DIE FAKULTÄTSÜBERGREIFENDEN BERUFSBEGLEITENDEN BACHELORSTUDIENGÄNGE DER PROFESSIONAL SCHOOL; HIER: BESCHLUSSFASSUNG DURCH DEN SENAT

Sachstand

Für die berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge, die im Rahmen des Modellvorhabens „Offene Hochschule“ unter Koordination des Transferzentrums für Sozialwirtschaft durch die Professional School angeboten werden sollen, liegen nunmehr die Zugangs- und Zulassungsordnung sowie die Rahmenprüfungsordnung zur Beschlussfassung vor.

Wie in der Senatsinformation vom 20.01.2010 bereits ausgeführt, möchte sich die Leuphana mit der Einführung von berufsbegleitenden Bachelor-Angeboten auch der Gruppe der berufserfahrenen Fach- und Führungskräfte stärker öffnen und so die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulbildung erhöhen.

Ursprünglich war die Einrichtung folgender Studienangebote geplant:

- berufsbegleitender Bachelorstudiengang „Unternehmensmanagement für klein- und mittelständischen Unternehmen“
- berufsbegleitender Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“
- berufsbegleitender Bachelorstudiengang „Musik in der Kindheit“.

Der von Prof. Weihe geplante BA „Unternehmensmanagement für klein- und mittelständische Unternehmen“ soll nun als Zertifikatsreihe angeboten und in "Innovationsmanagement" umbenannt werden. Die tatsächliche Einführung der beiden weiterbildenden BA „Soziale Arbeit“ und „Musik in der Kindheit“ hängt von den Finanzierungsmöglichkeiten ab, die derzeit noch geprüft werden. Die vorliegenden Ordnungen sollen gleichwohl vorsorglich beschlossen werden, um die Studienangebote auch unmittelbar bewerben zu können, wenn die Finanzierung gesichert ist. Die fachspezifischen Anlagen zur Rahmenprüfungsordnung würden erst zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet werden.

Die Senatskommission für Weiterbildung und Wissenstransfer hat sich in ihrer Sitzung vom 27.01.10 mit beiden Ordnungen befasst und ihnen jeweils einstimmig zugestimmt. Die ZSK hat sich in ihrer Sitzung am 10.02.2010 mit der vorliegenden Rahmenprüfungsordnung befasst und die Einrichtung praxisorientierter berufsbegleitender Bachelor-Studiengänge ausdrücklich begrüßt, auf einen formellen Beschluss angesichts der noch nicht vollständigen juristischen Prüfung jedoch verzichtet. Diese ist inzwischen abgeschlossen und es bestehen seitens des Justiziariats keine Bedenken gegen eine Verabschiedung der Ordnungen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Senat beschließt gem. § 41 Abs. 1 Satz 1 NHG die Zugangs- und Zulassungsordnung zu den fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge der Leuphana Universität Lüneburg inkl. der Anlage 1 „Durchschnittsnote der HZB (Punkteberechnung für das hochschuleigene Zulassungsverfahren)“ sowie der fachspezifischen Anlagen 2.1 „Musik in der Kindheit“ und 2.2 „Soziale Arbeit“ gem. Drs. Nr. 194/50/1 SoSe 2010 Anlage 2.
2. Der Senat beschließt gem. § 41 Abs. 1 Satz 2 NHG die Rahmenprüfungsordnung für die fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge der Leuphana Universität Lüneburg gem. Drs. Nr. 194/50/1 SoSe 2010 Anlage 3.

Berufsbegleitende Bachelor-Studiengänge der Leuphana Professional School

Informationen für den Senat am 21.04.2010

Weiterbildungsmodell für die berufsbegleitenden Bachelor-Studiengänge

Die Leuphana Universität Lüneburg ist den Zielen und Prinzipien der Offenen Hochschule verpflichtet. Mit der Einführung von berufsbegleitenden Bachelor-Studiengängen will sie sich auch Gruppen berufserfahrener Fach- und Führungskräfte öffnen, die nicht über eine traditionelle Hochschulzugangsberechtigung verfügen.

Zurzeit befinden sich zwei Bachelor-Studiengänge in Vorbereitung, die nachfolgend kurz vorgestellt werden. Beide Studiengänge richten sich an berufserfahrene Erzieherinnen und Erzieher und wurden in Kooperation mit dem Transferzentrum für Sozialwirtschaft entwickelt. Das Transferzentrum für Sozialwirtschaft wurde gemeinsam von der Leuphana Universität Lüneburg und der Arbeiterwohlfahrt im Rahmen ihrer strategischen Partnerschaft gegründet.

Ein zentrales Ziel der Offenen Hochschule ist die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung. Ein wichtiger Schritt ist hierbei die Anrechnung von außerhalb der Hochschule erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen auf Studienangebote. Dies kann dann erfolgen, wenn eine Inhalts- und Niveaugleichheit der anzuerkennenden Kompetenzen besteht. Für die geplanten Bachelor-Studiengänge werden basierend auf der im Rahmen der ANKOM-Studien erfolgten wissenschaftlichen Prüfung der Gleichwertigkeit pauschal zwei Semester für die Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin / zum staatlich anerkannten Erzieher angerechnet.

Das bereits für die Master-Studiengänge entwickelte Weiterbildungsmodell der Leuphana Professional School bildet auch die Grundlage für die Gestaltung der berufsbegleitenden Bachelor-Studiengänge – angereichert um ein Projektstudium und Unterstützungsangebote für diese spezifische Gruppe von Studierenden, die im Unterschied zu den Studierenden der weiterbildenden Master-Studiengänge über keine Hochschulsozialisation verfügen.

Die berufsbegleitenden Bachelor-Studiengänge zeichnen sich durch folgende Merkmale aus:

- **Bedarfsgerecht**: Die Inhalte orientieren sich an Anforderungen der Praxis. Die Studienorganisation berücksichtigt die Bedürfnisse und die Arbeits- und Lebensrhythmen der berufstätigen Fach- und Führungskräfte.
- **Transferorientiert und berufsintegriert**: Durch ein durchgängiges Projektstudium wird ein Transfer des Gelernten in die Praxis gefördert und gefordert. Die Studierenden sollen das vermittelte Wissen in ihrem Arbeitsumfeld erproben und kritisch hinterfragen. Durch das berufsintegrierte Studieren wird auch die zeitliche Belastung reduziert. Weiterhin wird der Lerntransfer durch den Einsatz von Praxisexperten als Dozenten gestärkt.
- **Begleitet**: Durch ein Studienvorbereitungsprogramm können die Studierenden wichtige Kompetenzen und Techniken für ein erfolgreiches Studium erwerben. Während des Studiums wird eine kontinuierliche Lernbegleitung durch ein virtuelles Coaching und Mentorinnen und Mentoren sichergestellt.
- **Flexibel**: Durch eine Lernplattform werden selbst organisiertes Lernen und die Arbeit in virtuellen Arbeitsgruppen unterstützt. Hierdurch können die Studierenden ihre Lernzeiten flexibel gestalten.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht modellhaft die curriculare Struktur der berufsbegleitenden Bachelor-Studiengänge für ein achtsemestriges Studium, wobei die Module der ersten beiden Semester durch die Anerkennung der Ausbildung entfallen. Wie in den weiterbildenden Master-Studiengängen werden neben den fachlichen Kompetenzen gezielt überfachliche Schlüsselqualifikationen vermittelt. Für die Bachelor-Studiengänge wurde zusätzlich ein überfachliches Modul zum wissenschaftlichen Arbeiten integriert. In diesem Modul werden die Spezifika wissenschaftlicher Erkenntniswege und wissenschaftlicher Methoden erarbeitet und somit die Grundlagen für das wissenschaftliche Arbeiten im weiteren Studienverlauf gelegt.

| | | | | | | | |
|---|---------------------------------|---|---|---|--|--|---------------------|
| | | | | | | | |
| 1 Semester | F | F | F | | | | |
| 2 | F | F | F | | | | |
| 3 | Ü: Person u. Interaktion | Ü: Wissensch. Arbeiten | F | F | | | Projekt- studium |
| 4 | F | F | F | F | | | |
| 5 | Ü: Organis. u. Veränderung | F | F | F | | | |
| 6 | F | F | F | F | | | |
| 7 | Ü: Gesellsch. u. Verantwort. | F | F | F | | | |
| 8 | F | Bachelorthesis | | | | | |
| <input type="checkbox"/> Fachliche Module | | <input type="checkbox"/> Überfachliche Module | | | | | |

CURRICULUM BA-STUDIENGÄNGE

BA Musik in der Kindheit

| Studiengang | Musik in der Kindheit |
|------------------------------|------------------------------|
| Abschlussgrad | Bachelor of Arts (BA) |
| Studiengangsleitung | Prof. Dr. Carola Schormann |
| Art des Studiengangs | berufsbegleitend |
| Studiendauer | 8 Semester (6 Semester*) |
| Studienform | Teilzeit |
| Beginn des Studiengangs | Oktober 2010 |
| Studienanfängerzahl | max. 25 |
| ECTS-Punkte des Studiengangs | 180 CP |

* Gem. § 10 Abs. 5 RPO werden erworbene Kompetenzen im Rahmen der Erzieherinnenausbildung im Umfang von zwei Semestern auf das Studium angerechnet.

Kurzprofil

Der BA-Studiengang „Musik in der Kindheit“ richtet sich als berufsbegleitender Studiengang an Erzieherinnen und Erzieher. Neben der überfachlichen Ausbildung liegt der Schwerpunkt auf der grundlegenden und systematischen Qualifikation im Bereich Musik. Das Studienangebot beinhaltet Module zu allgemeinen Fragestellungen der Musik und ihrer Didaktik und ist darüber hinaus in einigen Modulen ausgerichtet an Aspekten berufsfeldspezifischer zukünftiger Anforderungen in der musikalischen Arbeit mit Kindern.

Das Studienangebot besteht aus den vier überfachlichen Modulen: „Wissenschaftliches Arbeiten“/„Person und Interaktion“/„Organisation und Veränderung“ sowie „Gesellschaft und Verantwortung“. Das fachspezifische Angebot umfasst insgesamt 23 Module der verschiedenen musikwissenschaftlichen Disziplinen mit dem Ziel der musikpädagogischen Ausrichtung und Spezifizierung hinsichtlich der Anforderungen in der musikalischen Arbeit mit Kindern. Darüber hinaus findet im semesterübergreifenden Projektstudium eine Vertiefung und systematische Anwendung der Modulinhalte durch „Lernen am Arbeitsplatz“ mit anschließender Reflexion statt.

Der Bachelor-Studiengang „Musik in der Kindheit“ stellt ein Professionalisierungsangebot für Erzieherinnen und Erzieher mit nicht unbeträchtlicher Außenwirkung dar und kommt einem wachsenden gesellschaftlichen Anspruch nach Förderung der musikalischen Bildung in der frühkindlichen Entwicklung nach. Der Studiengang besitzt zurzeit ein Alleinstellungsmerkmal aufgrund seiner systematischen und umfassenden Struktur, die eine Professionalisierung im Bereich Musikpädagogische Arbeit mit Kindern bietet. Das Angebot soll als Modell von der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt übernommen werden.

Lehrende der Leuphana: Prof. Dr. Carola Schormann, Dirk Zuther, N.N. (Professur für Musikdidaktik)

Externe Lehrbeauftragte: Prof. Manuela Widmer (Universität Mozarteum, Salzburg), Prof. Marianne Steffen-Witteke (Hochschule f. Musik, Weimar), Prof. Heike Arnold-Joppich (Hochschule f. Musik, Detmold), Prof. Christoph Hempel (Hochschule f. Musik u. Theater, Hannover), Prof. Dr. Bernd Clausen (Hochschule f. Musik, Würzburg), Dr. Franziska Olbertz (Hochschule f. Musik u. Darstellende Kunst, Frankfurt), Prof. Almuth Süberkrüb (Hochschule f. Musik u. Theater, Hamburg), Dr. Kitty Schmidt (Kisum Musikkindergarten, Weimar), Prof. Dr. Bernhard Hofmann (Universität Regensburg)

BA Soziale Arbeit

| | |
|--------------------------------|--|
| Studiengang: | Soziale Arbeit |
| Abschlussgrad: | Bachelor of Arts (BA) |
| Studiengangsleitung: | Prof. Dr. Angelika Henschel / Christof Schmitt |
| Art des Studiengangs: | berufsbegleitend |
| Studiendauer: | 9 Semester (7 Semester)* |
| Studienform: | Teilzeit |
| Beginn des Studienganges: | April 2011 |
| Studienanfängerzahl: | max. 35 |
| ECTS-Punkte des Studienganges: | 180 CP |

* Gem. § 10 Abs. 5 RPO werden erworbene Kompetenzen im Rahmen der Erzieherinnenausbildung im Umfang von zwei Semestern auf das Studium angerechnet.

Kurzprofil

Bei dem berufsbegleitenden Studiengang Soziale Arbeit handelt es sich um einen arbeitsfeldübergreifenden, generalisierten Bachelor, der zum ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss führt. Er ermöglicht den Absolventinnen und Absolventen, einen Berufsübergang in die verschiedenen Arbeitsfelder der Sozialarbeit/Sozialpädagogik bei öffentlichen und freien Trägern.

Das Studienangebot beinhaltet vier überfachliche Module: „Wissenschaftliches Arbeiten“, „Person und Interaktion“, „Organisation und Veränderung“ sowie „Gesellschaft und Verantwortung“. Die 23 fachspezifischen Module beziehen sich insbesondere auf die theoretischen Grundlagen für eine reflexive Berufstätigkeit als konstitutives Merkmal qualitativen Professionshandelns, zentrale Kenntnisse in relevanten Rechts- und anderen Bezugsdisziplinbereichen, wie z. B. Pädagogik, Psychologie und Soziologie, sowie vielfältige Handlungs- und Methodenkompetenzen. Das Studium mit seinem anwendungsorientierten Profil auf wissenschaftlicher Grundlage soll die Studierenden für unterschiedliche Arbeits- und Problemfelder in der Sozialen Arbeit qualifizieren.

Die Universität würde mit diesem Studienmodell ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland erlangen, da hier berufsbegleitend ein Bachelor- und später - darauf aufbauend - der bereits angebotene Masterabschluss (Social Management) erworben werden könnte, der darüber hinaus die Möglichkeit zur Promotion eröffnet.

Das Angebot richtet sich an Erzieherinnen und Erzieher mit Abschluss und mindestens dreijähriger Berufserfahrung. Diese Berufsgruppe ist durch eine sehr hohe Weiterbildungsbereitschaft gekennzeichnet. Sie kann aber für das Erwerben des Bachelorabschlusses in einem Vollzeitstudiengang ihre Tätigkeit nicht aufgeben bzw. muss neben dem Studium arbeiten. Trotz dieser Hindernisse lag der Anteil von Erzieherinnen und Erziehern unter den Studierenden für Soziale Arbeit in den letzten Jahren bei ca. 20 Prozent, was das Marktpotenzial verdeutlicht. Darüber hinaus bietet der Studiengang insbesondere Frauen - die vorwiegend im Erziehungssektor (97%) tätig sind - die Möglichkeit, die beschriebenen akademischen Karrierechancen für sich zu realisieren. Unter dem Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming eröffnen sich für Frauen und eben auch für Männer neue berufliche Optionen. Das erhöht - politisch gewollt - die Attraktivität des ErzieherInnenberufs insgesamt.

Lehrende der Leuphana (Stand 3/10):

Prof. Dr. Angelika Henschel, Prof. Dr. Waldemar Stange, Dr. Wolf Kemper, Rolf Krüger, Wolf Paschen, Christof Schmitt.



Ordnung über Zugang und Zulassung für die fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge der Leuphana Universität Lüneburg

Der Senat der Leuphana Universität Lüneburg hat am TT.MM.2010 folgende Ordnung aufgrund der §§ 18 Abs. 2 bis 5 Nds. Hochschulgesetzes (NHG) i.d. Änderungsfassung vom 21.11.2006 (Nds. GVBI. S. 538 (542) sowie des § 5 Abs. 2 bis 7 Nds. Hochschulzulassungsgesetzes (NHZG) vom 25.02.2005 (Nds. GVBI. S. 73), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 7.6.2007 (Nds. GVBI. S. 200), in Verbindung mit § 11 der Hochschul-Vergaboardnung vom 22.6.2005 (Nds. GVI S. 215) beschlossen. Der Stiftungsrat hat diese Ordnung am TT.MM.2010 gem. § 62 Abs. 4 Satz 1 iVm § 18 Abs. 13 NHG genehmigt.

§ 1 Geltungsbereich der Ordnung

1) Diese Ordnung regelt den Zugang und die Zulassung zu allen fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden Bachelorstudiengängen in der Professional School der Leuphana Universität Lüneburg. 2) Nicht davon erfasst sind Zugang und Zulassung zu allen übrigen Studiengängen der Leuphana Universität Lüneburg, insbesondere den Bachelor-Studiengängen im College („Leuphana-Bachelor“) und denjenigen Bachelor-Studiengängen, mit denen die Voraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden.

§ 2

Zulassungszahl und Aufnahmetermin

(1) Die Zahl der in den Studiengängen höchstens aufzunehmenden Bewerberinnen und Bewerber (Zulassungszahl) ergibt sich für alle als zulassungsbeschränkt ausgewiesenen berufsbegleitenden Bachelor-Studiengänge der Leuphana Universität Lüneburg aus der jeweiligen ZulassungszahlenVO des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur. (2) Die Zulassung von Bewerberinnen und Bewerbern erfolgt für den jeweiligen berufsbegleitenden Bachelor-Studiengang zu dem vom Präsidium festgesetzten und auf der Website der Leuphana Universität Lüneburg veröffentlichten Aufnahmetermin.

§ 3

Zulassungsantrag, Bewerbungsfristen

(1) Der Zulassungsantrag für das Wintersemester muss bei der Leuphana Universität Lüneburg spätestens bis zum 15. Juli eingegangen sein; für das Sommersemester bis zum 15. Januar. (2) Die Professional School der Leuphana Universität Lüneburg bestimmt die Form des Zulassungsantrages, in dem auch Art, Umfang und Form der mindestens beizufügenden Unterlagen genannt werden. (3) Bewerberinnen und Bewerber, welche die Bewerbungsfrist versäumen oder den Zulassungsantrag nicht formgerecht mit den erforderlichen Unterlagen stellen, sind vom Zulassungsverfahren ausgeschlossen. 2) Sind nach Ablauf der Bewerbungsfrist weniger Bewerbungen eingegangen, als Studienplätze zur Verfügung stehen oder bleiben nach Abschluss des Zulassungsverfahrens gem. § 8 noch Studienplätze frei, können auch verspätet eingegangene Bewerbungen, welche die Zugangsvoraussetzungen nach § 4 erfüllen, bis zur Ausschöpfung der Kapazität in der Reihenfolge ihres Eingangs am Zulassungsverfahren teilnehmen.

§ 4

Zugangsvoraussetzungen

(1) Zugang zu den berufsbegleitenden Bachelor-Studiengängen in der Professional School der Leuphana Universität Lüneburg haben

gem. § 18 Abs. 5 NHG nur diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, die
1. über eine Hochschulzugangsberechtigung nach § 18 Abs. 1 S. 2 NHG,
2. über eine abgeschlossene fachlich entsprechende Berufsausbildung sowie eine anschließende nach Maßgabe der jeweiligen fachspezifischen Anlage bezüglich Dauer und Berufsfeld einschlägige, mindestens jedoch einjährige Berufserfahrung,
3. über ein (ggf. in der jeweiligen fachspezifischen Anlage näher definiertes, u.U. auch freiberufliches) Beschäftigungsverhältnis im Umfang von mindestens der Hälfte einer Vollbeschäftigung sowie
4. ggf. über weitere berufsbezogene Kenntnisse und Fertigkeiten und/oder besondere fremdsprachliche Kenntnisse nach Maßgabe der jeweiligen fachspezifischen Anlage zu dieser Ordnung verfügen.

(2) Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife sind gem. § 18 Abs. 3 NHG dann zugangsberechtigt, wenn sie ihre Fachrichtung an der Universität fortsetzen. 2) Andernfalls erhalten sie nur dann Zugang, wenn sie über die Zugangsvoraussetzungen des Abs. 1 hinaus hinreichende Kenntnisse in Mathematik, Deutsch und – falls im Abschlusszeugnis ausgewiesen – in einem

naturwissenschaftlichen, technischen oder geisteswissenschaftlichen Fach nachweisen. 3) Diese Kenntnisse werden mit der

Durchschnittsnote von „3,0“ (gemittelt aus der Abschlussnote der in

Satz 2 genannten drei Fächer in der HZB) nachgewiesen.

(3) Ausländische Studienbewerberinnen und –bewerber, welche die Zugangsbedingungen des Abs. 1 erfüllen, erhalten Zugang, wenn sie zudem die erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse nachweisen. 2) Diese sind durch den Abschluss der "Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH)" oder ein in der Ordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber (DSH) an der Universität Lüneburg definiertes Äquivalent zu erbringen.

(4) Für künstlerische oder künstlerisch-wissenschaftliche Studiengänge ist gem. § 18 Abs. 4 NHG eine besondere künstlerische Befähigung nachzuweisen; das Nähere regelt die entsprechende fachspezifische Anlage zu dieser Ordnung.

(5) Für berufsbegleitende Bachelor-Studiengänge, die gemeinsam mit Kooperationspartnern exklusiv für einen bestimmten Teilnehmerkreis angeboten werden, können in der entsprechenden fachspezifischen Anlage zu dieser Ordnung besondere, von den Regelungen des Abs. 1 Nr. 2 und 3 abweichende Zugangsvoraussetzungen festgelegt werden.

(6) Die Zugangsvoraussetzungen der Abs. 1 bis 5 sind grundsätzlich zum Zeitpunkt der Bewerbung, im Einzelfall nach Ermessensentscheidung des Zulassungsausschusses gem. § 5, spätestens aber bis zum Aufnahmetermin gem. § 2 Abs. 2 nachzuweisen.

§ 5

Zulassungsausschuss

(1) Für die Prüfung der Zugangsvoraussetzungen und die Durchführung des Zulassungs- und Auswahlverfahrens wird für einen oder mehrere berufsbegleitende Bachelorstudiengänge ein Zulassungsausschuss gebildet. 2) Die Mitglieder des Zulassungsausschusses werden durch die Leitung der Professional School eingesetzt. 3) Dem Zulassungsausschuss sollen mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder, darunter der Studiengangsleiter des jeweiligen Studiengangs sowie weitere Lehrpersonen angehören. 4) Abweichend davon kann die Leitung der Professional School die Aufgaben des Zulassungsausschusses auch

dem Prüfungsausschuss gem. § 6 der Rahmenprüfungsordnung übertragen.

(2) Der Zulassungsausschuss kann den Immatrikulations-Service oder eine ähnlich geeignete Stelle mit der Prüfung der Zugangsvoraussetzungen der eingegangenen Bewerbungen

beauftragen. ¹Im Zweifelsfall entscheidet der Zulassungsausschuss abschließend, ob der Nachweis ausreicht.

(3) Der Zulassungsausschuss kann den Immatrikulations-Service oder eine ähnlich geeignete Stelle im Rahmen des Zulassungsverfahrens gem. § 6 auch mit der Bewertung der Eignungskriterien Nr. 1 und 2 des Abs. 2 beauftragen. ²Die Bewertung des Eignungskriteriums Nr. 3 des Abs. 2 erfolgt durch den Zulassungsausschusses.

§ 6 Zulassungsverfahren

(1) Übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, welche die Zugangsvoraussetzungen gem. § 4 für einen Studiengang erfüllen, die Zulassungszahl, so werden die nach Abzug der Vorabquoten gem. § 4 der Hochschul-VergabeVO zur Verfügung stehenden Studienplätze durch den Zulassungsausschuss zu 10% nach Wartezeit und zu 90% nach dem Ergebnis eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens (gem. § 5 Abs. 2 Satz 1 NHZG) vergeben.

(2) Das hochschuleigene Auswahlverfahren kombiniert verschiedene Eignungskriterien mit der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung (§ 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2b NHZG), wobei der Durchschnittsnote überwiegende Bedeutung für die Auswahlentscheidung zukommt (Punktesystem):

1. Im Zeugnis der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) dokumentierte Leistungen der Bewerberin oder des Bewerbers (max. 60 Punkte gem. Anlage 1),
2. Praktische Tätigkeiten und studienrelevante außerschulische Leistungen (max. 20 Punkte gem. fachspezifischer Anlage),
3. Schriftliche Motivationserhebung für den Studiengang (max. 20 Punkte)

(3) ¹Anhand der gem. Abs. 2 erreichten Punktzahl wird eine Rangliste für die Zulassung erstellt. ²Die zur Verfügung stehenden Studienplätze werden ggf. mit einer angemessenen Überbuchungsquote an die rangbesten Bewerberinnen und Bewerber vergeben. ³In Fällen der Ranggleichheit entscheidet das Los. ⁴Im Übrigen bleiben die allgemein für die Immatrikulation geltenden Bestimmungen der Immatrikulationsordnung der Leuphana Universität Lüneburg unberührt.

§ 7 Bescheide

(1) ¹Bewerberinnen und Bewerber, die zugelassen werden können, erhalten von der Hochschule einen schriftlichen Zulassungsbescheid. ²In dem Zulassungsbescheid wird ein Termin festgelegt, bis zu diesem die Bewerberin oder der Bewerber schriftlich erklären muss, ob sie oder er den Studienplatz annimmt. ³Liegt diese Erklärung nicht frist- und formgerecht vor, so wird der Zulassungsbescheid unwirksam.

⁴Auf diese Rechtsfolge ist im Zulassungsbescheid hinzuweisen.

(2) ¹Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden können, erhalten einen Ablehnungsbescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung. ²In dem Ablehnungsbescheid sind im Fall der gem. § 4 erfüllten Zugangsvoraussetzungen und soweit ein Auswahlverfahren nach § 6 durchgeführt wurde, der von der Bewerberin oder dem Bewerber erreichte Rangplatz sowie der Rangplatz anzugeben, bis zu dem noch eine Zulassung erfolgte.

(3) Der Zulassungsausschuss kann den Immatrikulations-Service mit der Erstellung und dem Versand der Bescheide beauftragen.

§ 8 Nachrückverfahren

Nehmen nicht alle der nach § 6 zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber den Studienplatz innerhalb der gesetzten Frist an, werden

in entsprechender Zahl aus dem Kreise der Bewerberinnen und Bewerber, die zunächst gemäß § 7 Abs. 2 einen Ablehnungsbescheid erhalten haben, weitere Bewerberinnen und Bewerber in der Rangfolge der von ihnen erreichten Rangplätze zugelassen.

§ 9 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch den Stiftungsrat am Tage nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Mitteilungsblatt der Leuphana Universität Lüneburg in Kraft.

ANLAGEN

Anlage 1: Durchschnittsnote der HZB (Punkteberechnung für das hochschuleigene Zulassungsverfahren)

Anlage 2: Fachspezifische Anlagen

- 2.1 Musik in der Kindheit
- 2.2 Soziale Arbeit

...

ANLAGE 1

Durchschnittsnote der HZB Punkteberechnung für das hochschuleigene Zulassungsverfahren

| Durchschnittsnote der HZB | Punktwert |
|---------------------------|-----------|
| 1,0 | 60 |
| 1,1 | 58 |
| 1,2 | 56 |
| 1,3 | 54 |
| 1,4 | 52 |
| 1,5 | 50 |
| 1,6 | 48 |
| 1,7 | 46 |
| 1,8 | 44 |
| 1,9 | 42 |
| 2,0 | 40 |
| 2,1 | 38 |
| 2,2 | 36 |
| 2,3 | 34 |
| 2,4 | 32 |
| 2,5 | 30 |
| 2,6 | 28 |
| 2,7 | 26 |
| 2,8 | 24 |
| 2,9 | 22 |
| 3,0 | 20 |
| 3,1 | 18 |
| 3,2 | 16 |
| 3,3 | 14 |
| 3,4 | 12 |
| 3,5 | 10 |
| 3,6 | 8 |
| 3,7 | 6 |
| 3,8 | 4 |
| 3,9 | 2 |
| 4,0 | 0 |

Anlage 2.1

Fachspezifische Anlage zur Ordnung über Zugang und Zulassung für die fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge der Leuphana Universität Lüneburg für den Studiengang „Musik in der Kindheit“

I. Besondere Zugangsvoraussetzungen

Besondere Zugangsvoraussetzungen für den berufsbegleitenden Bachelorstudiengang „Musik in der Kindheit“ sind

- gem. § 4 Abs. 1 Nr. 2 eine abgeschlossene Berufsausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin/zum staatlich anerkannten Erzieher sowie eine anschließende mindestens dreijährige Berufserfahrung (Das Berufspraktikum zur staatlich anerkannten Erzieherin/zum staatlich anerkannten Erzieher wird auf diese Zeit angerechnet.) sowie
- gem. § 4 Abs. 4 der Nachweis einer besonderen künstlerischen Befähigung durch Bestehen einer entsprechenden Eignungsprüfung der Leuphana Universität Lüneburg (siehe II.).

II. Eignungsprüfung

(1) Die besondere künstlerische Befähigung ist durch eine Prüfung nachzuweisen. Die Eignungsprüfung findet in der Regel einmal jährlich statt. Hierzu wird vom Zulassungsausschuss gemäß § 5 ein Termin festgelegt und in geeigneter Weise bekannt gemacht.

(2) Die Befähigungsprüfung wird von der Professional School durchgeführt. Hierfür setzt das zuständige Präsidiumsmitglied die erforderliche Anzahl von Prüfungskommissionen ein. Jede Kommission besteht aus zwei hauptamtlich oder hauptberuflich Lehrenden des Faches Musik. Nebenamtlich Lehrende können in Ausnahmefällen Mitglieder von Prüfungskommissionen werden, wenn sie mindestens 1 Jahr an der Leuphana Universität Lüneburg lehrend tätig waren und das erste Staatsexamen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen mit dem Fach Musik oder eine mindestens gleichwertige Prüfung abgelegt haben. Mindestens 1 Mitglied muss zur selbstständigen Lehre berechtigt sein.

(3) Die Teilnahme an der Prüfung ist nur auf schriftlichen Antrag möglich. Dieser muss bis zwei Wochen vor dem gemäß Abs. 1 festgelegten Termin der Eignungsprüfung bei der Universität eingegangen sein. Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein tabellarischer Lebenslauf, aus dem der künstlerische Werdegang hervorgeht und
2. die Angabe, mit welchem(n) Instrument(en) der musikalische Vortrag erfolgen soll.

(4) Über die Zulassung zur künstlerischen Prüfung entscheidet der Zulassungsausschuss gemäß § 5. Zur Befähigungsprüfung wird nicht zugelassen, wer die Voraussetzungen nach Abs. 3 nicht nachweist oder die Befähigungsprüfung bereits einmal erfolglos wiederholt hat. Hierüber wird ein schriftlicher Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung erteilt.

(5) Die Prüfung erstreckt sich auf folgende künstlerische Aufgabenstellungen:

1. Klausur: Gehörbildung und elementare Musiktheorie (Zeit: 45 Minuten), sowie
2. Musikalischer Vortrag nach eigener Wahl mit mindestens einem Gesangsstück (Zeit: 10 Minuten)

(6) Die Prüfung findet vor den beiden Mitgliedern der Prüfungskommission statt. Auf Grund der einzelnen Prüfungsleistungen entscheidet die Prüfungskommission, ob eine besondere künstlerische Befähigung im Fach Musik nachgewiesen ist. Die Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistungen von den Mitgliedern der Prüfungskommission mit insgesamt „bestanden“

bewertet worden sind. Über die Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von beiden Prüfenden zu unterzeichnen ist. Über die festgestellte besondere künstlerische Befähigung wird eine Bescheinigung erteilt, die das Datum der Eignungsprüfung trägt. Der Nachweis gilt für die Immatrikulationstermine der folgenden zwei Jahre. Ist die Prüfung nicht bestanden, wird ein mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehener Bescheid erstellt. Erfolglose Bewerberinnen und Bewerber können die Befähigungsprüfung einmal wiederholen.

(7) Prüfungs- und Studienleistungen, die an anderen Hochschulen mit vergleichbaren Studiengängen oder auf ähnliche Weise erbracht worden sind, können auf entsprechenden Antrag, der gemeinsam mit den Unterlagen gemäß Abs. 3 einzureichen ist, ganz oder teilweise als Nachweis der besonderen künstlerischen Befähigung anerkannt werden. Entsprechendes gilt für Leistungsnachweise von Konservatorien und vergleichbaren Ausbildungsstätten. Der Zulassungsausschuss gemäß § 5 entscheidet über die Anerkennung und erteilt hierüber einen entsprechenden Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.



**III. Punkteberechnung für das hochschuleigene Zulassungsverfahren:
Praktische Tätigkeiten und studienrelevante außerschulische Leistungen gem. § 6 Abs. 2 Nr. 2**

| Praktische Tätigkeiten | Nachweis | insgesamt maximal 20 Punkte |
|--|---|--|
| Studienrelevante Berufstätigkeit im Ausland | - mindestens sechsmonatige berufliche Tätigkeit in einem studienrelevanten Berufsfeld im Ausland | 3 Punkte |
| Berufstätigkeit in einem studienrelevanten Berufsfeld | - ab einer Berufstätigkeit von 10 Jahren - ab einer Berufstätigkeit von 5 Jahren | 4 Punkte 3 Punkte |
| Leitungstätigkeit in einem studienrelevanten Berufsfeld | - ab einer Leitungstätigkeit von 3 Jahren - ab einer Leitungstätigkeit von 1 Jahr | 3 Punkte 2 Punkte |
| berufsfeldbezogene Weiterbildungen | - studienrelevante Lehrgänge ab 150 Stunden - studienrelevante Lehrgänge ab 50 Stunden | je 3 Punkte (bis zu 6) je 1 Punkt (bis zu 2) |
| Studienrelevante außerschulische Leistungen | Nachweis | |
| Besonderes soziales, gesellschaftliches, berufliches oder politisches Engagement | - freiwilliges soziales, ökologisches oder kulturelles Jahr bzw. mind. einjähriger geregelter Freiwilligendienst | 5 Punkte |
| | - Engagement in Berufsverbänden oder gewähltes Mitglied eines Betriebs- bzw. Personalrats. | 4 Punkte |
| | - Tätigkeit als - gewähltes Mitglied in Kommunalparlamenten (z. B. Gemeinde, Stadt-, Kreistag) oder - gewähltes Landtags- oder Bundestagsmitglied | 5 Punkte 7 Punkte |
| Preisträger/innen bei studienrelevanten Wettbewerben | - Preisträger/innen von Wettbewerben oder Bandcontests (öffentlich anerkannt und gefördert) wie z. B. Contests auf nationaler Ebene und auf Landesebene (z. B. Jugend musiziert, Deutscher Rockmusikerverband oder Creole Bundeswettbewerb) | 5 Punkte (Landesebene) 7 Punkte (Bundesebene) |
| Besonderes künstlerisches und musikalisches Engagement | - mindestens dreijährige aktive Mitwirkung in einem Ensemble (Band/Chor/Orchester) | 3 Punkte |
| | - Veröffentlichung von Tonträgern oder herausragende, mindestens dreijährige und belegte Tätigkeit als Solist oder Singer-Songwriter (Platten- oder Konzertkritiken) | 5 Punkte |
| | - Veröffentlichung von Musik-Fachliteratur (z. B. Songbuch) | 5 Punkte |
| | - mindestens zweijährige musikpädagogische Arbeit in einer sozialen oder Bildungseinrichtung (Bestätigung durch Arbeitgeber) | 3 Punkte |
| Studienvorbereitungsprogramm | - erfolgreiche Teilnahme am Studienvorbereitungsprogramm der Leuphana Universität Lüneburg in Kooperation mit dem Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. | 5 Punkte |

maximal 15 Punkte

5 Punkte



Anlage 2.2

**Fachspezifische Anlage zur Ordnung über Zugang und Zulassung
für die fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden
Bachelorstudiengänge der Leuphana Universität Lüneburg für den
Studiengang „Soziale Arbeit“**

I. Besondere Zugangsvoraussetzungen

Besondere Zugangsvoraussetzung für den berufsbegleitenden
Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“ ist

- gem. § 4 Abs. 1 Nr. 2 eine abgeschlossene
Berufsausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher sowie eine
anschließende mindestens dreijährige Berufserfahrung.
Das Berufspraktikum zur staatlich anerkannten
Erzieherin/zum staatlich anerkannten Erzieher wird auf
diese Zeit angerechnet.



**II. Punktberechnung für das hochschuleigene Zulassungsverfahren:
Praktische Tätigkeiten und studienrelevante außerschulische Leistungen gem. § 6 Abs. 2 Nr. 2**

| Praktische Tätigkeiten | Nachweis | insgesamt maximal 20 Punkte |
|--|--|---|
| Studienrelevante Berufstätigkeit im Ausland | - mindestens sechsmonatige berufliche Tätigkeit in einem studienrelevanten Berufsfeld im Ausland | 3 Punkte |
| Berufstätigkeit in einem studienrelevanten Berufsfeld | - ab einer Berufstätigkeit von 10 Jahren - ab einer Berufstätigkeit von 5 Jahren | 4 Punkte 3 Punkt |
| Leitungstätigkeit in einem studienrelevanten Berufsfeld | - ab einer Leitungstätigkeit von 3 Jahren - ab einer Leitungstätigkeit von 1 Jahr | 3 Punkte 2 Punkte |
| berufsfeldbezogene Weiterbildungen | - studienrelevante Lehrgänge ab 150 Stunden - studienrelevante Lehrgänge ab 50 Stunden | je 3 Punkte (bis zu 6) je 1 Punkt (bis zu 2) |
| Eltern-/ Pflegezeiten | - insgesamt mindestens ein Jahr | 2 Punkte |
| Studienrelevante außerschulische Leistungen | Nachweis | |
| Besonderes soziales, gesellschaftliches, berufliches oder politisches Engagement | - freiwilliges soziales, ökologisches oder kulturelles Jahr bzw. mind. einjähriger geregelter Freiwilligendienst | 5 Punkte |
| | - Zivildienst in Feldern Sozialer Arbeit | 5 Punkte |
| | - insgesamt mind. 3 jährige ehrenamtliche Tätigkeit in sozialen oder anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen | 4 Punkte |
| | - Tätigkeit als Schulsprecher/in | 3 Punkte |
| | - Tätigkeit als gewähltes Mitglied eines Personal- oder Betriebsrats | 4 Punkte |
| | - Tätigkeit als - gewähltes Mitglied in Kommunalparlamenten (z. B. Gemeinde, Stadt-, Kreistag) <u>oder</u> - gewähltes Landtags- oder Bundestagsmitglied | 5 Punkte 7 Punkte |
| | - erfolgreiche Teilnahme am Studienvorbereitungsprogramm der Leuphana Universität Lüneburg in Kooperation mit dem Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. | 5 Punkte |
| | | maximal 15 Punkte |
| | | 5 Punkte |



Rahmenprüfungsordnung für die fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge der Leuphana Universität Lüneburg

Aufgrund des § 41 Abs. 1 Satz 2 des Nds. Hochschulgesetzes i. d. Änderungsfassung vom 21. November 2006 (Nds. GVBl. S. 538) hat der Senat der Leuphana Universität Lüneburg am TT. MONAT 2010 die nachfolgende Rahmenprüfungsordnung für die fakultätsübergreifenden berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge der Leuphana Universität Lüneburg beschlossen. Das Präsidium der Leuphana Universität Lüneburg hat die Ordnung am TT. Monat 2010 gem. § 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5b) NHG genehmigt.

§1

Geltungsbereich, Bezeichnung

Diese Rahmenprüfungsordnung enthält allgemeine Regelungen über Ablauf und Verfahren studienbegleitender Studien- und Prüfungsleistungen der berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge in der Professional School der Leuphana Universität Lüneburg und ist für alle Studiengänge dieser Art verbindlich. Spezifische Bestimmungen für die einzelnen Studiengänge werden in fachspezifischen Anlagen zu dieser Rahmenprüfungsordnung geregelt. Alle übrigen Studiengänge, insbesondere der grundständige Leuphana Bachelor, sind von dieser RPO nicht berührt.

§2

Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung

- (1) Das Studium fördert die Berufsqualifizierung durch den Erwerb fachwissenschaftlicher und fachübergreifender Kenntnisse und Methoden unter Berücksichtigung der Anforderungen in der Berufswelt, so dass die Studierenden zu wissenschaftlicher Reflexion, zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden sowie zu verantwortlichem Handeln in den entsprechenden Berufsfeldern befähigt werden.
- (2) Das berufsbegleitende Bachelorstudium ist wissenschaftlich breit qualifizierend angelegt. Zugleich wird durch die wissenschaftliche Vertiefung und Reflexion der zuvor und der parallel erworbenen Berufserfahrung eine Steigerung der Berufsbefähigung der Absolventinnen und Absolventen angestrebt. Das berufsbegleitende Bachelorstudium vermittelt gezielt überfachliche Kompetenzen und ermöglicht gleichzeitig eine fachliche wissenschaftlich fundierte Vertiefung. Insofern zeichnet sich das berufsbegleitende Bachelorstudium sowohl durch seine Praxis- und Transferorientierung als auch seine umfassende wissenschaftliche Fundierung aus.
- (3) Das Bachelorstudium führt zum ersten berufsqualifizierenden und wissenschaftlichen Hochschulabschluss. Durch die Bachelorprüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden Kenntnisse über die berufsbezogenen Inhalte des Studiums erworben, diese wissenschaftlich vertieft und durch praxis- und problembezogene Lehrangebote Erfahrungen und Kompetenzen auf dem Themengebiet des spezifischen Studiengangs gesammelt haben, die sie befähigen, relevante Konzepte und Instrumente sachgerecht anzuwenden sowie die erzielten Resultate erklären, kritisch hinterfragen und bewerten zu können.

§3

Studienabschluss

Ist die Bachelorprüfung erfolgreich bestanden, wird von der Universität der akademische Abschlussgrad gemäß den entsprechenden fachspezifischen Anlagen verliehen.

§4

Regelstudienzeit, Aufbau und Gliederung der Bachelorstudiengänge

- (1) Die Regelstudienzeit bis zum Abschluss des berufsbegleitenden Bachelorstudiums beträgt 8 Semester. Das Absolvieren eines Vollzeitstudiums

- (2) ist nicht möglich. Die „Ordnung der Leuphana Universität Lüneburg zur Regelung des Teilzeitstudium für den Leuphana Bachelor, den Bachelor Lehren und Lernen, den Bachelor Berufliche Bildung in der Sozialpädagogik und den Bachelor Wirtschaftspädagogik“ findet keine Anwendung.

(2) Das Studium ist modular aufgebaut, wobei ein Modul gem. Abs. 3 5 CP oder ein Vielfaches davon umfasst. Die Festlegung erfolgt in den fachspezifischen Anlagen.

- (3) Für den erfolgreichen Studienabschluss müssen 180 CP erworben werden, die sich wie folgt verteilen:
- Überfachliches Modul „Wissenschaftliches Arbeiten“ („Ü WisA“): 5 CP,
 - Überfachliches Modul „Person und Interaktion“ („Ü P&I“): 5 CP,
 - Überfachliches Modul „Gesellschaft und Verantwortung“ („Ü G&V“): 5 CP,
 - Überfachliches Modul „Organisation und Veränderung“ („Ü O&V“): 5 CP,
 - Fachbezogene Module („Fach“): jeweils mindestens 5 CP (insgesamt 115 CP),
 - Projektstudium gem. Abs. 5: 30 CP,
 - Bachelormodul (Bachelorarbeit 12 CP/Kolloquium 3 CP): 15 CP.

Diese Module verteilen sich in der Regel wie folgt auf die Regelstudienzeit gem. Abs. 1 Satz 1:

| | | | |
|---------|-----------|--------------------|-----------|
| 1. Sem. | Fach (15) | | |
| 2.Sem. | Fach (15) | | |
| 3.Sem. | Ü P&I (5) | Ü WisA(5) | Fach (10) |
| 4.Sem. | Fach (20) | | |
| 5.Sem. | Ü O&V (5) | | Fach (15) |
| 6.Sem. | | Fach (20) | |
| 7.Sem. | Ü G&V (5) | Fach (15) | |
| 8.Sem. | Fach (5) | Bachelormodul (15) | |

Projektstudium
(30)

(4) Die fachspezifischen Anlagen zu dieser Ordnung regeln den Aufbau sowie Inhalte und Anzahl der fachlichen Module. Anlage 6 regelt den Aufbau und die Inhalte der überfachlichen Module.

- (5) Das Projektstudium fördert insbesondere die Praxis- und Transferorientierung des berufsbegleitenden Bachelorstudiums. Das Projektstudium ist bei berufsbegleitenden Bachelorstudiengängen, die eine vertiefende wissenschaftliche Qualifizierung in dem Berufsfeld anstreben, in dem die Studierenden aktuell tätig sind, berufsintegriert konzipiert. Die Studierenden wenden wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden in ihrem Berufsfeld an, reflektieren den Nutzen wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Lösung von Praxisproblemen und diskutieren ihre Erfahrungen in begleitenden Lehrveranstaltungen. Das berufsintegrierte Projektstudium wird gemeinsam von Hochschuldozenten und erfahrenen, fachlich ausgewiesenen Praktikern betreut (Teameaching). Die Prüfungen im Projektstudium berücksichtigen die spezifischen Lernmöglichkeiten im Berufsfeld in angemessener Weise. Für berufsbegleitende Bachelorstudiengänge, die für eine Tätigkeit außerhalb des aktuellen Berufsfelds der Studierenden qualifizieren, wird das Projektstudium nicht berufsintegriert durchgeführt. Dies gilt auch für Einzelfälle, in denen sich ein berufsintegriertes Projektstudium als faktisch nicht oder nicht mehr durchführbar erweist. In diesen Fällen werden Praxis- und Forschungsprojekte durchgeführt, die Kompetenzen für das angestrebte (neue) Berufsfeld vermitteln. Einzelheiten zur Struktur und zum Inhalt des Projektstudiums regeln jeweils die fachspezifischen Anlagen zu dieser Ordnung.
- (6) Für Studiengänge, deren Projektstudium gem. Abs. 5 Satz 6 nicht berufsintegriert durchgeführt werden kann, verlängert sich die Regelstudienzeit abweichend von Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 gem. der jeweiligen fachspezifischen Anlage zu dieser Ordnung entsprechend.

§ 5

Modularisierung

- (1) Die Modularisierung wird verstanden als die Zusammenfassung von Gebieten zu thematisch und zeitlich abgegrenzten, in sich abgeschlossenen, didaktisch sinnvollen und mit Leistungspunkten versehenen Einheiten.

- (2) Das Studium setzt die Teilnahme und aktive Mitarbeit an den Lehrveranstaltungen, die im Rahmen eines Moduls zu erbringen sind, deren unterschiedlichen Lehr- und Lernformen sowie ihre Vor- und Nachbereitungszeit voraus. Ein Modul kann sich aus verschiedenen Lehr- und Lernformen zusammensetzen. Dies können sein:
- Vorlesungen (V), sie dienen der Darstellung größerer Zusammenhänge und der Systematisierung theoretischen Wissens. In ihnen werden abgegrenzte



- Stoffgebiete unter Heranziehung neuer Forschungsergebnisse in übersichtlicher Form dargestellt.
- Übungen (Ü), sie sind begleitende Veranstaltungen, in denen vor allem Fähigkeiten und Fertigkeiten weiterentwickelt werden. Die selbständige Lösung von Übungsaufgaben zum Vorlesungsstoff und die Diskussion der Lösungen stehen in ihrem Mittelpunkt.
 - Seminare (S), sie dienen der Vertiefung ausgewählter Themenkomplexe. Die Studierenden erhalten Themen zur selbstständigen Bearbeitung und halten beispielsweise ein Referat darüber.
 - Projekte (P), sie dienen zur Durchführung praktischer, empirischer und theoretischer Arbeiten. Problemstellungen werden meist im Team bearbeitet, dokumentiert und präsentiert.
 - Case Studies (C), dabei handelt es sich um partizipativ orientierte Lehr-/Lern-Arrangements, in denen authentische (Management-)Situationen, die für eine Person oder Organisation eine Herausforderung oder ein Problem darstellen, meist in der Gruppe analysiert und diskutiert werden.
 - Fernlehre (F), dabei handelt es sich um meist online- und tutorenbasierte Lehr-/Lern-Arrangements, auf deren Basis sich die Studierenden abgegrenzte Stoffgebiete selbstständig erarbeiten.
- Weitere Lehr- und Lernformen können in den fachspezifischen Anlagen definiert werden.

§6 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfung und zur Wahrnehmung der durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Ihm gehören 5 Mitglieder an:
- 3 Mitglieder der Gruppe der Professorinnen und Professoren, die in den berufsbegleitenden Bachelorstudiengängen der Leuphana Professional School tätig sein sollen,
 - 1 Mitglied der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie
 - 1 studentisches Mitglied, das der Gruppe der Studierenden der berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge der Professional School angehören soll. Das studentische Mitglied hat bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen nur beratende Stimme.
- (2) Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz müssen von Professorinnen oder Professoren ausgeübt werden.
- (3) Der Prüfungsausschuss stellt die Durchführung der Prüfung sicher. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen des Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) und dieser Prüfungsordnung eingehalten werden.
- (4) Der Prüfungsausschuss und die jeweiligen Studiengangsleiter berichten der Senatskommission für Weiterbildung und Wissenstransfer in der Regel jährlich über die Entwicklung der Studiengänge. Hierbei ist von Seiten des Prüfungsausschusses besonders auf prüfungsrelevante Daten wie die Bearbeitungszeit der Bachelorarbeit, die Einhaltung der Regelstudienzeit und der Prüfungszeiten und die Verteilung der Einzel- und Gesamtnoten einzugehen. Die jeweiligen Studiengangsleiter berichten in diesem Zusammenhang insbesondere über Ziele, Zielerreichung und Strategie, Zulassungsprozess und -verfahren, inhaltlich-konzeptionelle Entwicklungen und Planungen, Ressourcensituation und -planung sowie Maßnahmen der Qualitätssicherung und -entwicklung in den jeweiligen Studiengängen. Die Senatskommission für Weiterbildung und Wissenstransfer kann in diesem Zusammenhang auch Studierende, Dozierende oder andere Experten hören; sie nimmt zu den Berichten Stellung, berichtet dazu dem Senat und gibt ggf. Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der Studiengänge. Die Berichte sind in geeigneter Weise offen zu legen.
- (5) Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter zwei Mitglieder der Gruppe der Professorinnen und Professoren, anwesend ist.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Senat gewählt; er kann diese Aufgabe an die Senatskommission für Weiterbildung und Wissenstransfer delegieren.
- (7) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt 2 Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr. Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, als Beobachterinnen und Beobachter an der Abnahme der Prüfungen teilzunehmen.
- (8) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

- (9) Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben. Die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse des Prüfungsausschusses sind in einer Niederschrift festzuhalten.
- (10) Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf die oder den Vorsitzende/n oder deren/dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter übertragen. Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor und führt sie aus. Sie oder er berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit.
- (11) Bei Entscheidungen, die sich auf Aspekte eines einzelnen Bachelorstudiengangs beziehen, kann der Studiengangsleiter oder die Studiengangsleiterin mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

§7

Prüferinnen und Prüfer

- (1) Die Prüfungen werden durch die für die Lehrveranstaltungen des Moduls Verantwortlichen abgenommen. Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden. Zur Abnahme von Prüfungen werden Mitglieder und Angehörige dieser Universität oder einer anderen Hochschule bestellt, die in dem betreffenden Prüfungsfach oder Teilgebiet zur selbstständigen Lehre berechtigt sind. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können zu Prüferinnen und Prüfern bestellt werden, sofern ihnen gem. §31 Abs. 1 Satz 2 NHG wissenschaftliche Dienstleistungen in der Lehre übertragen worden sind. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen können in geeigneten Prüfungsgebieten zur Abnahme von Prüfungen bestellt werden. Zu Prüfenden dürfen nur Personen bestellt werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.
- (2) Bei Lehrpersonen, soweit sie nach Abs. 1 Sätze 1 und 3 prüfungsbefugt sind, bedarf es keiner besonderen Bestellung.
- (3) Für die Prüferinnen oder Prüfer gilt die Amtsverschwiegenheit.
- (4) Der Prüfungsausschuss stellt sicher, dass den Studierenden die Namen der Prüferinnen und Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden.

§8

Studien- und Prüfungsleistungen

- (21) Studienleistungen sind Leistungen, die innerhalb von Lehrveranstaltungen eines Moduls erfolgreich erbracht werden müssen. Sie sind fester Bestandteil des Workloads des jeweiligen Moduls und werden grundsätzlich nicht benotet. Näheres regeln die fachspezifischen Anlagen. Studienleistungen sind:
 1. Hausarbeit (Abs. 5)
 2. Projektarbeit (Abs. 6)
 3. Berufspraktische Übung (Abs. 8)
 4. Referat (Abs. 10)
 5. Präsentation (Abs. 11)
 6. Lerntagebuch (Abs. 12)
 7. Assignment (Abs. 13)
 8. Essay (Abs. 14)
 9. Praktische Leistung (Abs. 15)
 10. Abstract (Abs. 16)
- (22) Prüfungsleistungen sind die Bachelorarbeit sowie die nachstehenden, ein Modul abschließenden Leistungen:
 1. Klausur (Abs. 3)
 2. Mündliche Prüfung (Abs. 4)
 3. Hausarbeit (Abs. 5)
 4. Projektarbeit (Abs. 6)
 5. Portfolioprüfung (Abs. 7)
 6. Berufspraktische Übung (Abs. 8)
 7. Kolloquium (Abs. 9)
 8. Referat (Abs. 10)
 9. Präsentation (Abs. 11)
 10. Lerntagebuch (Abs. 12)
 11. Assignment (Abs. 13)
 12. Essay (Abs. 14)
 13. Praktische Leistung (Abs. 15)
 14. Abstract (Abs. 16)
- (23) Eine Klausur ist eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht. In einer Klausur soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit, mit begrenzten Hilfsmitteln, mit den geläufigen Methoden und den erworbenen Kompetenzen



ein Problem erkennen und Wege zu seiner Lösung finden kann. Die Bearbeitungszeit ist in den fachspezifischen Anlagen geregelt.

(4) In der mündlichen Prüfung soll der Prüfling nachweisen, dass er die Grundstrukturierung des jeweiligen Themas beherrscht und in der Lage ist, an Fachgesprächen darüber teilzunehmen. Die wesentlichen Gegenstände der Prüfung, die Bewertung der Prüfungsleistung und die tragenden Erwägungen der Bewertungsentscheidung sind in einem Protokoll festzuhalten und von den Prüfenden zu unterschreiben.

(5) Eine Hausarbeit ist eine selbstständige, schriftliche Bearbeitung einer fachspezifischen Aufgabenstellung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur. Bearbeitungszeit und Umfang kann in den jeweiligen fachspezifischen Anlagen geregelt werden.

(6) Durch Projektarbeiten wird die Fähigkeit zur Teamarbeit und insbesondere zur wissenschaftlich und/oder künstlerisch fundierten Entwicklung, Durchsetzung und Präsentation von Konzepten nachgewiesen. Einzelne Formen der Projektarbeit können in den fachspezifischen Anlagen definiert werden.

(7) Die Portfolioprüfung ist eine schriftliche Lernprozessdokumentation, Reflexion und metakognitive Auseinandersetzung mit der eigenen Lernleistung. Sie bezieht sich auf die Darstellung des erworbenen Wissens und der erworbenen Kompetenzen in dem jeweiligen Modul.

(8) Im Rahmen einer berufspraktischen Übung sollen die Studierenden die Fähigkeit nachweisen, z.B. vor einer Gruppe selbstständig unter Einbeziehung didaktischer Überlegungen z.B. ein ausgewähltes Arbeitsfeld, eine Institution oder exemplarische Handlungsweise mit berufspraktischem Bezug zu entwickeln bzw. darzustellen.

(9) Ein Kolloquium findet als mündliche Prüfung in Verbindung mit der Bachelorarbeit statt. Der Prüfling soll dabei seine Arbeit erläutern und nachweisen, dass er das Thema umfassend durchdrungen hat und problembezogene Fragestellungen aus seiner Fachrichtung auf wissenschaftlicher Grundlage bearbeiten kann.

(10) Ein Referat umfasst zum einen eine eigenständige und vertiefte, ggf. schriftliche Auseinandersetzung mit einem Problem des jeweiligen Fachgebiets unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur und zum anderen die Darstellung der Arbeit und Vermittlung ihrer Ergebnisse in einem mündlichen Vortrag.

(11) In einer Präsentation sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in bestimmtes Themengebiet in einer bestimmten Zeit derart erarbeiten können, dass sie es in anschaulicher, übersichtlicher und ansprechender Weise einem Publikum präsentieren bzw. vortragen können. Außerdem sollen sie nachweisen, dass sie in Bezug auf ihr Themengebiet in der Lage sind, auf Fragen, Anregungen oder Diskussionspunkte des Publikums sachkundig einzugehen.

(12) Die Studierenden weisen in ihrem Lerntagebuch nach, dass sie in der Lage sind, die Inhalte der Vorlesung kritisch zu reflektieren, mit dem Vorwissen zu verknüpfen und Bezüge zur aktuellen Lebenswelt herzustellen. Die Studierenden können ihre Gedanken dazu in knapper Form schriftlich auf einer Lernplattform darlegen, dabei auf Beiträge anderer Studierender eingehen und die Lernplattform als virtuellen Raum zum kooperativen Lernen und Arbeiten nutzen.

(13) Ein Assignment ist ein eigenständiger Beitrag (Aufgabenlösung, Kurzvortrag, Classroom Performance) innerhalb von Übungen, Tutorien, Seminaren etc.

(14) Ein Essay ist eine begründete, begrenzte schriftliche wissenschaftliche Argumentation. Es basiert auf die Veranstaltung und vertieft ausgewählte Fragestellungen.

(15) Eine praktische Leistung wird in einem Praxis- oder Projektseminar erbracht und richtet sich nach den Erfordernissen des jeweils vermittelten Praxisbereichs. Dabei kann es sich z.B. um das Verfassen von Zeitungartikeln, die Produktion eines Videofilms, eines Radiobeitrages, die Beteiligung an der Realisierung einer visuellen Ausstellung oder einer Audioproduktion, die Erstellung eines Internetangebots, die Durchführung und Auswertung eines empirischen Forschungsansatzes oder die Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts etwa der Öffentlichkeitsarbeit oder des Veranstaltungsmanagements handeln. Der Arbeitsumfang für das Erbringen der praktischen Leistung sollte vergleichbar mit dem für das Erstellen einer Hausarbeit sein.

(16) In einem Abstract sollen die Studierenden nachweisen, dass sie innerhalb einer bestimmten Zeit einen ausführlichen Entwurf, das Konzept oder die Ergebnisse eines umfangreichen Projekts, zum Beispiel einer Hausarbeit oder einer Präsentation, in schriftlicher Form übersichtlich und anschaulich zusammenfassen können.

(17) In der schriftlichen Ausarbeitung zum Referat sowie in der Hausarbeit müssen alle Stellen, die wortwörtlich aus Veröffentlichungen oder anderen Quellen entnommen sind, die notwendige Kennzeichnung erhalten. Die Belegstelle ist in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zitat anzugeben. Für die sinngemäße Übernahme aus Veröffentlichungen oder anderen Quellen ist die Angabe der Belegstelle erforderlich. Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern, dass er

- die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Teil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat und

- alle Stellen der Arbeit, die wortwörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht hat.

(18) Weitere Arten von Studien- und Prüfungsleistungen können in den fachspezifischen Anlagen zu dieser Ordnung definiert werden.

(19) Prüfungsleistungen können mit Zustimmung des oder der Prüfenden auch in Form einer Gruppenprüfung bzw. Gruppenarbeit erbracht werden. Hierbei muss der Beitrag des einzelnen Prüflings deutlich erkennbar und bewertbar sein.

(20) Der Prüfungsausschuss bestimmt den Zeitpunkt bzw. den Zeitraum für die Abnahme der Klausuren sowie die Ausgabe- und Abgabepunkte bzw. –zeiträume für die übrigen Studien- und Prüfungsleistungen. Er kann diese Aufgabe im Falle von Abgabeterminen von Hausarbeiten, schriftlichen Ausarbeitungen, Referaten etc. an den jeweiligen Dozent bzw. die jeweilige Dozentin delegieren.

(21) Die Prüfungsleistungen innerhalb der Module werden i. d. R. im zweisemestrigen Zyklus angeboten. Jedes Modul muss innerhalb des zeitlich konzipierten Rahmens abgeschlossen werden können, d. h. die Wiederholung einer Prüfungsleistung soll im selben Semester angeboten werden, soweit nicht zwingende Gründe dagegen sprechen.

§ 9

Nachteilsausgleich

(1) Machen Studierende glaubhaft, dass sie z.B. wegen länger andauernder körperlicher Behinderung, nicht in der Lage sind, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so muss ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden, die Prüfungsleistungen in einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Dazu kann ein fachärztliches Attest verlangt werden. Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss.

(2) Soweit die Einhaltung von Fristen für die Meldung zu Prüfungen, die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumen von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht der Krankheit der Studierenden die Krankheit und dazu notwendige alleinige Betreuung einer oder eines nahen Angehörigen gleich. Nahe Angehörige sind Kinder, Eltern, Großeltern, Ehe- und Lebenspartner.

(3) Berücksichtigung finden ebenfalls die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) sowie die Regelungen zur Elternzeit in §§ 15 und 16 des Gesetzes zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit (BerzGG). Ein entsprechender Antrag ist an den zuständigen Prüfungsausschuss zu richten.

(4) Aus der Beachtung der Vorschriften nach Abs. 1 bis 3 dürfen den betreffenden Studierenden keine Nachteile erwachsen. Die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Abs. 1 bis 3 sind durch geeignete Unterlagen, wie z.B. fachärztliches Attest, ggf. amtsärztliches Attest, Geburtsurkunden, Bescheinigungen des Einwohnermeldeamtes etc. nachzuweisen.

§10

Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten und Studienleistungen einschließlich berufspraktischer Tätigkeiten und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland sowie Studienleistungen, die in den überfachlichen Modulen des Studiensystems der Professional School erbracht wurden, werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet.

(2) Soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist, werden auch Prüfungsleistungen aus einem anderen Studiengang angerechnet. Die Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen, berufspraktische Tätigkeiten und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen eines Moduls des Studiengangs, für den die Anrechnung beantragt wird, im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist eine Gesamtbetrachtung im Hinblick auf die Bedeutung der Leistungen für die



Erreichung der Ziele des Studiums und den Zweck der Prüfungen nach § 2 vorzunehmen.

(3) Für die Feststellung der Gleichwertigkeit von Teilen eines ausländischen Studiengangs sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen oder andere zwischenstaatliche Vereinbarungen maßgebend. Zur Klärung der Sach- und Rechtslage kann eine Stellungnahme der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen eingeholt werden. Abweichende Anrechnungsbestimmungen auf Grund von Vereinbarungen mit ausländischen Hochschulen, insbesondere im Rahmen des European Credit Transfer Systems (ECTS), sind zu beachten.

(4) Außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kompetenzen können auf das Studium in Form von Kreditpunkten angerechnet werden, wenn sie nach Inhalt und Niveau dem Teil des Studiums gleichwertig sind, der ersetzt werden soll; Abs. 2 Sätze 2 und 3 finden Anwendung. Dabei ist darauf zu achten, dass sowohl von der Institution, in der die Kenntnisse und Fähigkeiten erworben wurden, als auch von der Leuphana Universität Lüneburg als aufnehmender Hochschule ein akzeptiertes Qualitätssicherungssystem garantiert wird.

(5) Verfügt eine Gruppe von Studierenden bereits vor Studienbeginn beispielsweise auf Grund eines bestimmten Ausbildungsabschlusses regelmäßig über Kenntnisse und Fähigkeiten, die nach Inhalt und Niveau einem Teil des Studiums gleichwertig sind, können diese pauschal in Form von Kreditpunkten auf den entsprechenden Teil des Studiums angerechnet werden. Gegenstand, Umfang und entsprechende Zielgruppe der pauschalen Anrechnung werden in den jeweiligen fachspezifischen Anlagen zu dieser Ordnung geregelt.

(6) Insgesamt gilt für die Anrechnung von Vorleistungen, wie sie in den Abs. 1 bis 5 beschrieben sind, eine Höchstgrenze von in der Summe 90 CP. Die Bachelorarbeit ist von der Anrechnung gem. Abs. 1 bis 5 ausgenommen.

(7) Prüfungsleistungen, die innerhalb von höchstens sechs Semestern unmittelbar vor Aufnahme eines regulären Studiums im Rahmen einer Belegung von Einzelpflichten des Studiengangs als Gasthörende erbracht wurden, werden davon unabhängig ohne Einschränkung angerechnet.

(8) Im Falle einer Anrechnung werden die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote mit einbezogen. Bei unvergleichbaren Systemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen.

(9) Der Prüfungsausschuss beschließt unter Beachtung der Abs. 1-8 Leitlinien zum Verfahren der Anrechnung und macht diese in geeigneter Weise bekannt. Er koordiniert das entsprechende Verfahren und entscheidet abschließend über Anträge der Studierenden auf Anrechnung von CP. Bei Nicht-Anerkennung erteilt der Prüfungsausschuss einen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

§11

Prüfungsleistungen und der Erwerb von Credit Points

(1) Gegenstand der Prüfung/en eines Moduls sind Lehr- und Lerngegenstände der zum Modul gehörenden Lehrveranstaltungen. Die fachspezifischen Anlagen sowie Anlage 6 dieser Ordnung regeln die einzelnen Studien- und Prüfungsanforderungen.

(2) Die in einem Modul festgelegten Studien- und/oder Prüfungsleistungen sind studienbegleitend zu erbringen. Jedes Modul ist grundsätzlich mit einer Note abzuschließen, bei berufsintegrierten Modulen können die fachspezifischen Anlagen davon absehen.

(3) Die einem Modul zugeordneten Credit Points werden erworben, wenn alle Anforderungen des Moduls erfüllt und es gem. § 12 Abs. 2 bestanden ist.

§12

Bewertung von Studien- und Prüfungsleistungen, Bildung und Gewichtung von Noten

(7) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind ausschließlich die Noten der 1. Spalte der folgenden Tabelle zu verwenden:

| Einzel-Note | Endnote / Notenbezeichn. Lt. MPO HRK / KMK | | |
|-------------|--|-------------------|--------------|
| | Endnote | Deutsch | Englisch |
| 1,0 | | | |
| 1,3 | 1,0–1,5 | Sehr gut | Very good |
| 1,7 | | | |
| 2,0 | 1,6–2,5 | Gut | Good |
| 2,3 | | | |
| 2,7 | | | |
| 3,0 | 2,6–3,5 | Befriedigend | Satisfactory |
| 3,3 | | | |
| 3,7 | 3,6–3,9 | Ausreichend | Sufficient |
| 4,0 | 4,0 | | |
| 5,0 | | Nicht ausreichend | Fail |

(2) Ein Modul ist bestanden, wenn es mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde. Es kann nicht wiederholt werden.

(3) Besteht eine Modulprüfung aus didaktischen oder anderweitig studienbedingten Gründen ausnahmsweise aus mehreren Teilprüfungsleistungen, die in ihrer Form den Leistungen gem. § 8 Abs. 2 bzw. Abs. 19 entsprechen, errechnet sich die Modulnote aus dem Durchschnitt der Noten der einzelnen Teilprüfungsleistungen, gewichtet nach der Zahl der Credits. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Für die Berechnung der Modulnote gilt die Tabelle in Absatz 1, 2. Spalte, entsprechend.

(4) Schriftliche Prüfungsleistungen sind unbeschadet der Regelung des § 16 Abs. 7 in der Regel innerhalb von vier Wochen nach Erbringung der Prüfungsleistung zu bewerten.

(5) Mündliche Prüfungsleistungen, Prüfungsleistungen im Rahmen des Projektstudiums und die Bachelorarbeit werden durch zwei Prüfende bewertet. Die Prüfungsleistung ist bestanden, wenn beide Prüfer oder Prüferinnen die Leistung mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewerten. Die Note errechnet sich aus dem Durchschnitt der beiden Einzelnoten. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(6) Die Begründung der Bewertungsentscheidung bei Prüfungen mit den sie tragenden Erwägungen ist, soweit sie nicht zugleich mit der Bewertung erfolgt und im Prüfungsprotokoll festgehalten ist, dem Prüfling mitzuteilen. Die Begründung ist Teil der Prüfungsakte.

(7) Über die Umsetzung der deutschen Noten in das ECTS hinaus wird keine Umrechnung in ein anderes nationales Notensystem vorgenommen.

§ 13

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die oder der zu Prüfende ohne triftige Gründe

- zu einem Prüfungstermin nicht erscheint oder
- nach Beginn der Prüfung von der Prüfung zurücktritt.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich und glaubwürdig angezeigt werden. Bei Krankheit ist unverzüglich ein ärztliches Attest vorzulegen. Werden Gründe anerkannt, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsleistungen sind anzurechnen.

(3) Versucht die bzw. der zu Prüfende, das Ergebnis seiner Leistungen durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, ist die Leistung als „nicht ausreichend“ zu bewerten. Wer sich eines Verstoßes gegen die Prüfungsordnung schuldig gemacht hat, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. Die Entscheidung nach den Sätzen 1 und 2 trifft der Prüfungsausschuss nach Anhörung des Prüflings. Bis zur Entscheidung des Prüfungsausschusses setzt der Prüfling die Prüfung fort, es sei denn, dass nach der Entscheidung der Aufsichtsführenden Person ein vorläufiger Ausschluss des Prüflings zur ordnungsgemäßen Weiterführung der Prüfung unerlässlich ist.

(4) Wird bei einer Studien- oder Prüfungsleistung der Abgabetermin ohne triftige Gründe nicht eingehalten, so gilt sie als „nicht ausreichend“ bewertet. Abs. 2 gilt entsprechend.



§ 14 Art und Umfang der Bachelorprüfung:

Die Bachelorprüfung besteht aus:

1. dem Bachelormodul (Bachelorarbeit und Kolloquium) sowie
2. den übrigen Modulprüfungen.

§ 15 Zulassung zur Bachelorarbeit

(1) Zum Bachelormodul ist zuzulassen, wer in dem entsprechenden Studiengang eingeschrieben ist und mit Ausnahme der für das letzte Studiensemester der Regelstudienzeit vorgesehenen Module die übrigen Modulprüfungen gemäß den fachspezifischen Anlagen sowie Anlage 6 dieser Ordnung bestanden hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung zur Bachelorarbeit muss schriftlich beim Prüfungsausschuss gestellt werden. Dem Antrag sind, soweit sich nicht entsprechende Unterlagen bereits bei der Hochschule befinden, beizufügen:

- die Nachweise über das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen gem. Abs. 1,
 - ein Vorschlag für Erst- und Zweitprüferin oder -prüfer,
 - ein Vorschlag für den Themenbereich, dem das Thema für die Bachelorarbeit entnommen werden soll,
 - eine Erklärung, ob die Bachelorarbeit als Einzel- oder Gruppenarbeit vergeben werden soll und
 - eine Erklärung darüber, ob bereits eine Bachelorprüfung oder Teil dieser in demselben Studiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der BRD nicht bestanden ist.
- (3) Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag den Prüfling auch dann vorläufig zur Abschlussarbeit zulassen, wenn noch nicht alle Modulprüfungen einschließlich Prüfungsvorleistungen / Studienleistungen gem. Abs. 1 bestanden sind. Dieses setzt voraus, dass ein Nachholen dieser Modulprüfungen ohne Beeinträchtigung des Studiums erwartet werden kann.
- (4) Die Zulassung wird versagt, wenn
- die Zulassungsvoraussetzungen gem. Abs. 1 bzw. Abs. 3 nicht erfüllt sind,
 - die Unterlagen gem. Abs. 2 unvollständig sind oder
 - die Bachelorprüfung in demselben Studiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland bereits endgültig nicht bestanden ist.
- (5) Der Zulassungsantrag kann bis zum Bearbeitungsbeginn der Bachelorarbeit zurückgenommen werden.
- (6) Der Prüfungsausschuss kann verbindliche Meldetermine festsetzen und hochschulöffentlich bekannt geben. Studierende, die alle Voraussetzungen zur Zulassung zur Bachelorarbeit erfüllt haben, müssen spätestens 6 Monate nach Erfüllung der letzten Voraussetzung einen Antrag auf Zulassung zur Bachelorarbeit stellen. Stellen sie diesen Antrag ohne Vorliegen triftiger Gründe nicht oder nicht fristgerecht, gilt die Bachelorarbeit mit "nicht bestanden" bewertet.

§ 16 Bachelorarbeit und Kolloquium

(1) Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Problemstellung des Studiums nach den erlernten wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Die Bachelorarbeit wird durch ein Kolloquium ergänzt. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Bachelorarbeit müssen dem Prüfungszweck gem. § 2 und dem vorgesehenen Workload entsprechen.

(2) Die Bachelorarbeit kann mit Zustimmung des oder der Prüfenden als Gruppenarbeit angefertigt werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der Prüflinge muss auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein.

(3) Der Prüfling kann unbeschadet der Regelung in § 7 für die Bachelorarbeit die Erstprüferin oder den Erstprüfer vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch. Dem Vorschlag soll entsprochen werden, soweit dem nicht wichtige Gründe, insbesondere eine unzumutbare Belastung der Prüferin oder des Prüfers, entgegenstehen. Wird der Vorschlag nicht berücksichtigt, so ist auf Antrag ein weiterer studentischer Vorschlag zu prüfen. Mit Zustimmung der oder des Erstprüfenden kann der Prüfungsausschuss auch eine externe Praxisvertreterin oder einen externen Praxisvertreter als Zweitprüferin bzw. Zweitprüfer bestellen. In diesem Fall muss die oder der Erstprüfende Professorin oder Professor der Universität sein. Während der Anfertigung der Arbeit wird der Prüfling von der oder dem Erstprüfenden betreut.

(4) Das Thema der Bachelorarbeit kann aus einem oder mehreren der Studiengebiete gewählt werden. Es wird von der oder dem Erstprüfer der Arbeit unter Berücksichtigung des Vorschlags des Prüflings festgelegt und mit der Ausgabe des Themas durch den oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestätigt.

(5) Auf Antrag sorgt der Prüfungsausschuss dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema erhält. Die Ausgabe des Themas erfolgt durch den oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses; die Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

(6) Die Bearbeitungszeit der Bachelorarbeit beträgt 14 Wochen. Der Prüfungsausschuss kann die Bearbeitungszeit auf begründeten Antrag einmalig um bis zu 6 Wochen verlängern.

(7) Die Bachelorarbeit ist fristgemäß in mindestens zwei gedruckten Exemplaren sowie in digitaler Form beim Prüfungsausschuss einzureichen. Der Abgabepunkt ist aktenkundig zu machen.

(8) In der Bachelor-Arbeit müssen alle Stellen, die wortwörtlich aus Veröffentlichungen oder anderen Quellen entnommen sind, die notwendige Kennzeichnung erhalten. Die Belegstelle ist in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zitat anzugeben. Für die sinngemäße Übernahme aus Veröffentlichungen oder anderen Quellen ist die Angabe der Belegstelle erforderlich. Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern, dass er - seine Arbeit – bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat,

- alle Stellen der Arbeit, die wortwörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche gekennzeichnet hat und
- die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegt hat.

(9) Die Bachelorarbeit ist in der Regel innerhalb von 6 Wochen zu bewerten. Die beiden Prüferinnen und Prüfer fertigen jeweils ein schriftliches Gutachten über die Arbeit an. Im Falle einer Divergenz von mindestens zwei Noten zwischen den beiden Bewertungen kann vom Prüfungsausschuss vor Bekanntgabe der Note eine weitere sachkundige Gutachterin oder ein sachkundiger Gutachter bestellt werden. Die Note wird dann aus dem Durchschnitt aller drei Bewertungen gebildet. Im Übrigen gelten § 12 Abs. 1, 2 und 5 entsprechend.

(10) Zur Bachelorarbeit findet immer ein Kolloquium gem. § 8 Abs. 9 statt. Die Zulassung ist zu erteilen, wenn die Bachelorarbeit gem. § 12 Abs. 5 bestanden ist. Das Kolloquium wird als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung (sofern Abs. 2 zutrifft) durchgeführt. Die Dauer des Kolloquiums beträgt in der Regel 30 Minuten pro Prüfling; bei einer Gruppenprüfung ist die Dauer angemessen zu reduzieren. Das Kolloquium wird von den Prüferinnen und Prüfern der Bachelorarbeit gem. § 12 Abs. 5 bewertet. Das Ergebnis des Kolloquium geht entsprechend des vorgesehenen Workloads in die Gesamtnote des Bachelormoduls ein. § 12 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 17 Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Eine Modulprüfung kann, wenn sie erstmalig nicht bestanden ist, einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung kann auf Antrag vom Prüfungsausschuss zugelassen werden. Eine dritte Wiederholungsprüfung ist ausgeschlossen.

(2) Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden.

(3) Der Zeitpunkt der Wiederholungsprüfung wird in Absprache mit den Prüflingen vom Prüfungsausschuss festgelegt.

(4) Abweichend von Abs. 1 kann das Bachelormodul bei Nicht-Bestehen nur einmal wiederholt werden, eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen.

(5) Der Prüfungsausschuss bestimmt den Zeitpunkt für die Wiederholung des Bachelormoduls unter Berücksichtigung des Leistungsstandes des Prüflings.

(6) Wird das Bachelormodul oder eine Modulprüfung auch nach Ausschöpfung aller Wiederholungsmöglichkeiten mit „nicht ausreichend“ bewertet, ist die gesamte Bachelorprüfung in dem jeweiligen Studiengang endgültig nicht bestanden.

§ 18 Gesamtergebnis der Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn die Gesamtnote mind. „ausreichend“ beträgt. Die Gesamtnote ist unter Berücksichtigung der Einzelnoten der in der jeweiligen fachspezifischen Anlage sowie in Anlage 6 definierten Module und der Bachelormoduls durch den Prüfungsausschuss festzusetzen. Hierbei werden die Einzelnoten der Modulprüfungen und der Masterarbeit gemäß den jeweils erworbenen Credit Points gewichtet. Dabei



wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Für die Berechnung der Gesamtnote gilt die Tabelle in § 11 Abs. 1, 2. Spalte, entsprechend.

(2) Bei der Gesamtnote ist zusätzlich eine relative Note entsprechend der nachfolgenden ECTS-Bewertungsskala auszuweisen:

ECTS – A = die besten 10 %

ECTS – B = die nächsten 25 %

ECTS – C = die nächsten 30 %

ECTS – D = die nächsten 25 %

ECTS – E = die nächsten 10 %

Die Vergabe nach den ECTS-Vorgaben setzt eine hinreichende Größe der Kohorte und entsprechende Absolventenzahlen voraus.

§ 19 Zeugnisse, Urkunde und Bescheinigungen

(1) Über die bestandene Bachelorprüfung wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt (Anlage 1). Ist die Bachelorprüfung nicht bestanden, so erteilt der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses hierüber einen schriftlichen Bescheid.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Abschlussprüfung erhält der Prüfling die Bachelorurkunde (Anlage 2) mit dem Datum des Zeugnisses. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(3) Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ von Europäischer Union / Europarat / Unesco aus (Anlage 4). Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Die Hochschule soll den Absolventen zusätzlich zur Ausstellung des Diploma Supplements eine Übersetzung der Urkunden und Zeugnisse in englischer Sprache aushändigen.

(4) Sind am Ende eines Semesters alle Ergebnisse dieses Semesters verwaltungstechnisch erfasst, erhalten die Studierenden auf Antrag ein „Transcript of Records“ (Anlage 3) in Form einer Übersicht über die bisherigen Leistungen, einschließlich aller Fehlversuche.

(5) Ist die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, erteilt der Prüfungsausschuss hierüber einen schriftlichen Bescheid. Der Bescheid enthält ein „Transcript of Records“, das die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die erworbenen Credit Points enthält.

(6) Verlässt eine Studentin oder ein Student die Hochschule oder wechselt die Fachrichtung, erstellt der Prüfungsausschuss ein „Transcript of Records“, das die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die erworbenen Credit Points enthält.

§ 20 Ungültigkeit der Bachelorprüfung

(1) Wurde bei der Bachelorprüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung für ganz oder teilweise „nicht bestanden“ erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung nicht erfüllt, ohne dass die Prüfenden hierüber täuschen wollten, und wird dies erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwidert, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Die zu Prüfenden haben vor der Entscheidung Gelegenheit zur Erörterung der Angelegenheit mit dem Prüfungsausschuss.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges zu ersetzen. Die Urkunde ist ebenfalls einzuziehen, wenn auf Grund einer Täuschung die Prüfung für „nicht bestanden“ erklärt wird. Eine Entscheidung nach den Absätzen 1 u. 2 Satz 2 ist nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 21 Einsicht in Prüfungsakten

Die zu Prüfenden erhalten auf Antrag nach Abschluss der Prüfungen Einsicht in Ihre Prüfungsarbeiten, Prüfungsprotokolle und Bemerkungen der Prüfenden.

Der Antrag ist spätestens 3 Monaten nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bzw. Bekanntgabe der Modulabschlussnote zu stellen.

§ 22 Widerspruchsverfahren

(1) Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dieser Rahmenprüfungsordnung und den dazugehörigen fachspezifischen Anlagen getroffen werden, sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbelehrung zu versehen und nach § 41 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bekannt zu geben. Dagegen kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides beim Prüfungsausschuss nach § 68 ff. der Verwaltungsgerichtsordnung Widerspruch eingelegt werden.

(2) Soweit sich der Widerspruch gegen die Bewertung einer oder eines Prüfenden richtet, entscheidet der Prüfungsausschuss gemäß den Absätzen 3 und 5.

(3) Bringt die/der Prüfende in ihrem/seinem Widerspruch konkret und fachlich substantiierte Einwendungen gegen eine prüfungspezifische Bewertung vor, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch diesem Prüfenden zu. Ändert der Prüfende die Bewertung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung aufgrund der Stellungnahme der Prüferin oder des Prüfers, ob

- das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde,
- bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
- allgemeingültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
- eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch gewertet worden ist oder
- sich der/die Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

Entsprechendes gilt, wenn sich der Widerspruch gegen die Bewertung durch mehrere Prüfende richtet.

(4) Hilft der zuständige Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, entscheidet auf Antrag des Prüflings der Senat in nicht-öffentlicher Sitzung.

(5) Über den Widerspruch soll innerhalb von sechs Wochen entschieden werden. Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, bescheidet die Hochschulleitung den/die Widerspruchsführer/in.

(6) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

§ 22 Hochschulöffentliche Bekanntmachung des Prüfungsausschusses

(1) Der Prüfungsausschuss gibt diese Prüfungsordnung hochschulöffentlich bekannt und weist die Studierenden in geeigneter Form darauf hin.

(2) Entscheidungen und andere Maßnahmen, die nach der Rahmenprüfungsordnung getroffen werden, insbesondere die Zulassung zu Prüfungen, Versagen der Zulassung, Melde- und Prüfungstermine und –fristen sowie Prüfungsergebnisse, werden hochschulöffentlich in ortsüblicher Weise bekannt gemacht. Dabei sind datenschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten.

§ 23 In-Kraft-Treten

Diese Prüfungsordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch das Präsidium der Leuphana Universität Lüneburg am Tag nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Leuphana Universität Lüneburg in Kraft. Die Anlagen zu dieser Ordnung werden vom Senat erlassen; er kann diese Aufgabe an die Senatskommission für Weiterbildung und Wissenstransfer delegieren.

ANLAGEN

Anlage 1: Zeugnis

Anlage 2: Bachelorurkunde

Anlage 3: Transcript of Records

Anlage 4: Diploma Supplement

4.1 Musik in der Kindheit

4.2 Soziale Arbeit

Anlage 5: Fachspezifische Anlage

5.1 Musik in der Kindheit

5.2 Soziale Arbeit

Anlage 6: Überfachliche Module